

# Der Aufenthaltsstatus als Diskriminierungskategorie?

*Heike Winzenried*

## 1. Einleitung

Vielleicht wird es eines Tages kaum noch vorstellbar sein, dass Menschen aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung des Landes erhielten, in dem sie lebten, durch ein Arbeitsverbot vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren oder ihnen die Anmietung einer privaten Wohnung untersagt wurde. Dass die Benachteiligung von Menschen wegen ihres Geschlechts oder aus rassistischen Gründen heutzutage als nicht zulässig gilt und die davon betroffenen Personen auf europäischer und nationaler Ebene gesetzlich vor Diskriminierung geschützt werden, stellt keine Selbstverständlichkeit dar, sondern ist das Ergebnis jahrhundertelanger Kämpfe um Gleichheit und Gleichberechtigung, langwieriger politischer Prozesse sowie eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels.<sup>1</sup>

Solange rechtliche Ungleichbehandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit bzw. des Aufenthaltsstatus nicht als Diskriminierung, sondern überwiegend als legitim angesehen wird (Hormel 2007), bleiben die Auswirkungen dieser Benachteiligung meist unsichtbar und werden auch in der Forschung – bis auf wenige Ausnahmen (u.a. Eisenhuth 2015) – nicht berücksichtigt. Der Aufenthaltsstatus ist jedoch bedeutsam, um Diskriminierung sichtbar zu machen, da in Wohlfahrtsstaaten entlang unterschiedlicher Status eine Abstufung des Zugangs zu Rechten (stratifizierte Rechte) erfolgt (Morris 2003, Mohr 2005). Somit privilegiert oder diskriminiert und exkludiert der jeweilige Aufenthaltsstatus Menschen im Hinblick auf Teilhabe in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit (Pichl 2023).

Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, wie Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund des Aufenthaltsstatus stärker in den Blick genommen werden kann. Auf der Grundlage des Diskriminierungsverbots als Menschenrechtsprinzip soll gezeigt werden, dass eine Erweiterung des Diskriminierungsschutzes um die Kategorie des Aufenthaltsstatus sowohl notwendig als auch möglich erscheint.

## 2. Diskriminierungsverbot als Menschenrechtsprinzip

Rechtshistorisch betrachtet hat sich das Antidiskriminierungsrecht in Verbindung mit Menschenrechtsbewegungen entwickelt, d.h. aus sozialen und politischen Bewegungen, die sich für Freiheit und gegen Unterdrückung engagierten:

„Insofern ist die Geschichte von Gleichheitsrechten eine Emanzipationsgeschichte derjenigen, die sich dagegen gewehrt haben, auf ein Merkmal oder eine Eigenschaft reduziert zu werden, und die

---

1 Wie aktuelle politische Entwicklungen zeigen, müssen jedoch auch diese Rechte immer wieder verteidigt werden.